

Hannoveraner Erklärung FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Sozialpolitische Schwerpunktforderungen des SoVD an die neue Bundesregierung

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) setzt sich für eine solidarische Gesellschaft ein, die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen verwirklicht. Die Bürgerinnen und Bürger sind in erster Linie die Opfer der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise und müssen die Folgen tragen, obwohl sie hierfür nicht verantwortlich sind. Sie wehren sich gegen sinkende Realeinkommen, dramatische Rentenniveauperluste und wachsende Armut. Die sich immer schneller öffnende Schere zwischen Arm und Reich ist mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes unvereinbar.

Die Delegierten der außerordentlichen Bundesverbandstagung des SoVD erwarten von der neuen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat Deutschland und eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Nur eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs verdient das Vertrauen der Menschen und kann dauerhaft den sozialen Frieden in Deutschland sichern.

Die Delegierten anerkennen, dass sich CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben. Andererseits stellen sie fest, dass dieser Koalitionsvertrag die sozialen Sicherungssysteme in den Bereichen Gesundheit

und Pflege in ihrer solidarischen Struktur in sehr grundsätzlicher Weise in Frage stellt. Auch bleibt die neue Bundesregierung aufgefordert, ihre Programmatik gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu verdeutlichen.

Die Delegierten verabschieden vor diesem Hintergrund nachfolgende **Sozialpolitische Schwerpunktforderungen an die neue Bundesregierung:**

1. Für eine sozial gerechte Bewältigung der Krise

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erfordern rasche und wirksame politische Entscheidungen gegen Profitmaximierung und unkontrollierte Finanzmärkte. Bei allen weiteren Entscheidungen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte müssen die erheblichen Vorleistungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Weitere Kaufkraftverluste bei den Einkommen und Renten sind unbedingt zu vermeiden. Vielmehr ist es aus Gründen der sozialen Balance unverzichtbar, endlich die Verursacher der Krise an der Bewältigung der Folgen maßgeblich zu beteiligen. Erforderlich sind unter anderem die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und einer Vermögenssteuer sowie die verstärkte steuerliche Heranziehung hoher und höchster Einkommen bei gleichzeitiger Entlastung von Geringverdienenden.

Hannoveraner Erklärung FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

2. Für den Ausbau der sozialen Krankenversicherung

Das Interesse der ganz überwiegenden Mehrheit der Patienten und Versicherten richtet sich auf den Erhalt und die Stärkung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Diesem Interesse muss die Bundesregierung durch eine Gesundheitspolitik Rechnung tragen, die die in der GKV geltenden Prinzipien der Solidarität, der Beitragsparität und der Sachleistung in vollem Umfang wiederherstellt und dauerhaft gewährleistet. Der SoVD wendet sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen Pläne zur Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages und zur Einführung einkommensunabhängiger einseitiger Zusatzbeiträge für die Versicherten. Jede weitere Privatisierung von Gesundheitsrisiken durch die verstärkte Einführung von Wahltarifen und Festzuschüssen lehnt der SoVD als eine Entsolidarisierung mit Geringverdienenden, chronisch kranken und behinderten Menschen ab. Der einheitliche Leistungskatalog in der GKV steht nicht zur Disposition und darf auch nicht weiter ausgehöhlt werden.

3. Für gleichen Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen

Der SoVD fordert die neue Bundesregierung auf, den Weg in eine Zwei- bzw. Mehrklassenmedizin zu stoppen. Patienten und Versicherte der GKV dürfen beim Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen nicht länger benachteiligt werden. Zu diesem Ziel hat sich die Regierungskoalition ausdrücklich bekannt. Deshalb ist es erforderlich, die Unterschiede in der Honorierung von Leistungen für gesetzlich und privat Versicherte endlich zu beseitigen und die private Krankenversicherung (PKV) in vollem Umfang

in den Risikostrukturausgleich der GKV einzubeziehen. Der SoVD erneuert seine Forderung, die GKV zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.

4. Für eine würdevolle Pflege

Der SoVD weist die Pläne der Koalition zurück, die Bürgerinnen und Bürger durch die Einführung einer verpflichtenden Zusatzversicherung im Kapitaldeckungsverfahren stärker einseitig zur Pflegefinanzierung heranzuziehen. In der Pflegeversicherung müssen der Grundsatz der Beitragsparität und auch das Umlageverfahren erhalten bleiben. Statt Privatisierung des Pflegefallrisikos müssen die Prävention und die häusliche Pflege gestärkt und ausgebaut werden. Unverzichtbar zur Verwirklichung einer würdevollen Pflege sind die Einführung eines teilhabeorientierten Pflegebedürftigkeitsbegriffs und weitere Anstrengungen zur Qualitätssicherung. Der SoVD begrüßt das Vorhaben der neuen Bundesregierung, das Berufsbild in der Altenpflege attraktiver zu gestalten. Hierzu bedarf es der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Vergütung.

5. Für die Sicherung eines angemessenen Rentenniveaus

Der SoVD stimmt der Aussage im Koalitionsvertrag zu, dass „die Rente kein Almosen ist“. Dennoch haben die gesetzlichen Renten in den letzten fünf Jahren Kaufkraftverluste von mehr als 10 Prozent erlitten. Der SoVD fordert die neue Bundesregierung auf, den schleichenden enormen Wertverfall der Renten zu stoppen. Sie muss ein dauerhaft verlässliches und angemessenes Sicherungsniveau für die gesetzliche Rentenversicherung festlegen. Die heutigen Rentenhöhen lassen keine weiteren Kürzungen mehr zu.

Hannoveraner Erklärung FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Insbesondere muss die Erweiterung der Rentenschutzklausel unangetastet bleiben und durch eine Inflationsschutzklausel ergänzt werden. Der Riester-Faktor muss dauerhaft ausgesetzt und der Nachholfaktor abgeschafft werden. Die von der Koalition beabsichtigte Schaffung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und West darf nicht zu einer Benachteiligung der ostdeutschen Rentner führen und erfordert eine umfassende und zeitnahe Kompensationslösung.

6. Für eine Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Abschaffung der Rente mit 67

Der rasch wachsenden Gefahr einer neuen Altersarmut muss durch die Einführung einer Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung entgegengewirkt werden. Der SoVD fordert die Koalition auf, sein diesbezügliches Konzept bei den Beratungen maßgeblich zu berücksichtigen. Erforderlich sind u. a. höhere Rentenversicherungsbeiträge für den Bezug von Arbeitslosengeld II und eine ergänzende Mindestsicherung für zurückliegende Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit. Zudem fordert der SoVD die Beseitigung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten und die Abschaffung der Rente mit 67, da die Voraussetzungen schon im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeben sind.

7. Für einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn

Der fortschreitenden Erosion des Arbeitsmarktes muss mit allen Kräften entgegengewirkt werden. Zur Zurückdrängung von prekärer Beschäftigung und atypischen

Beschäftigungsverhältnissen bedarf es der Umsetzung der bestehenden Branchenmindestlöhne und ihrer Ergänzung durch einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Ein solcher Mindestlohn ist insbesondere vor dem Hintergrund der vollen Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen in der Europäischen Union ab dem Jahr 2011 unverzichtbar. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns aufzugeben. Lohnarmut, die zugleich auch Altersarmut bedeutet, ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit würdevoll leben können.

8. Für bedarfsgerechte Grundsicherungsleistungen

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet den sozialen Zusammenhalt und langfristig auch die politische Stabilität unseres Landes. Die neue Bundesregierung muss Wege aus der Armut aufzeigen und vor allem durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen, die Gefahr erhöhter Arbeitslosigkeit infolge der Krise zu begrenzen. Der SoVD fordert eine Überprüfung der Regelsätze der Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter mit dem Ziel, diese dauerhaft bedarfsgerecht auszugestalten und fortzuschreiben. Insbesondere die Leistungen für Kinder müssen sich nach deren spezifischem Bedarf richten und ihnen gleiche gesellschaftliche Teilhabechancen garantieren. Bei den SGB II-Trägern ist eine qualifizierte Beratung und Betreuung der Betroffenen sicherzustellen.

Hannoveraner Erklärung FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

9. Für eine inklusive Teilhabepolitik für behinderte Menschen

Der SoVD anerkennt, dass die Bundesregierung nach dem Koalitionsvertrag die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) anstrebt. Dieser Nationale Aktionsplan muss neue Impulse in der Politik für behinderte Menschen setzen und die Anforderungen der BRK insbesondere in den Bereichen Bildung, berufliche Teilhabe und Barrierefreiheit durch konkrete Maßnahmen wirksam und zeitnah umsetzen. Im Bereich der inklusiven Bildung sind Anstrengungen auf Bundes- und Länderebene erforderlich, um das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder spürbar voranzubringen. Um die berufliche Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen zu verbessern, bedarf es einer umfassenden aktiven Arbeitsmarktpolitik, die eine individuelle und qualifizierte Beratung ebenso gewährleistet wie den offensiven Einsatz der gesetzlichen Förderleistungen.

Der SoVD als einer der ältesten und größten Sozialverbände appelliert abschließend nochmals an die neue Bundesregierung, ihr Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und zum „Wohlstand für alle“ (Kapitel I des Koalitionsvertrages) durch solidarische Entscheidungen mit Leben zu erfüllen.

- **Solidarität statt Ellenbogenmentalität!**
- **Sozialer Frieden statt Spaltung der Gesellschaft!**

*Verabschiedet durch die Delegierten
der 18. (außerordentlichen) Bundesverbandstagung
des Sozialverbandes Deutschland (SoVD)
am 19.12.2009 in Hannover*

10. Für den Erhalt einer einheitlichen Sozialgerichtsbarkeit

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Öffnungsklausel für die Bundesländer, mit der die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit ermöglicht wird, lehnt der SoVD ohne Wenn und Aber ab. Nur durch eine eigenständige Sozialgerichtsbarkeit können dessen verfahrensrechtliche Besonderheiten sichergestellt und kann mit einer besonderen Kultur der Bürgerfreundlichkeit den Menschen die Durchsetzung ihrer sozialrechtlichen Ansprüche ohne große verfahrensrechtliche Hürden ermöglicht werden. Eine eigenständige Sozialgerichtsbarkeit ist daher Ausdruck der Sozialstaatlichkeit und muss unbedingt bundesweit erhalten werden.